

2016-04-04

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
11.03.2015

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:55 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 226, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Fraktion der CDU**

Schwabe, Jörg

**Fraktion der SPD**

Tschammer, Hans

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie – mit aktuell 9 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

#### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Trocha, Fraktion der CDU, beantragte, den TOP 7 „Öffentliche Anfragen und Informationen“ vor zu ziehen und nach TOP 5 einzufügen. Weiterhin merkte er an, dass er es begrüßen würde, wenn dies auch zukünftig so gehandhabt würde. Laut Herrn Schönemann, **Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, werde man dies für die Zukunft berücksichtigen.

Die Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann**, zur Abstimmung gestellt.

### Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde geändert, einstimmig bestätigt.

### **3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 27.01.2015 erfolgten nichtöffentlichen Beschlussfassungen:

*Vergabe von Bauleistungen  
Ersatzneubau BW 104, Brücke DHW im Zuge des Brambache Weges  
Gesamtleistung  
Vorlage: BV/377/2014/VI-66*

0 *Abstimmungsergebnis:* 9 : 0 :

*Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderungen*

*Vergabe von Planungsleistungen für die Tragwerksplanung und die technische Ausrüstung  
Fachbereich H/L/S für das Bauvorhaben Sanierung und Ausstattung der Sekundarschule „An der Biethé“ einschl. Außenanlagen Goethestraße 1 (Haus 1) in 06862 Dessau-Roßlau – STARK III – 2. Förderperiode  
Vorlage: BV/009/2015/VI-65*

*Abstimmungsergebnis:* 9 : 0 : 0

*Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderungen*

### **4 Einwohnerfragestunde (ca. 16:45 Uhr)**

**Frau Birgit Schmidt, Einwohnerin der Ebertallee 81 in Dessau-Roßlau**, thematisierte das Bauvorhaben Radweg in der Ebertallee und fragte nach, warum auf die schriftlichen Anfragen und Vorschläge der Bewohner, welche an das Tiefbauamt gestellt wurden, bisher noch keine Reaktion erfolgte. Aus Sicht der Anwohner hätte lediglich eine Scheinbeteiligung der Öffentlichkeit stattgefunden.

Weiterhin werde die Einfahrt zur Ebertallee 85 seit Jahren von Fahrzeugen als Wendemöglichkeit genutzt, weshalb dieser Bereich in sehr schlechtem Zustand ist. **Frau Schmidt** merkte deshalb stellvertretend an, dass man eine Befestigung im Zuge der aktuellen Baumaßnahmen für zweckmäßig halte.

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, wies daraufhin, dass die Verwaltung unter hohem Zeitdruck stand, um das wichtige Bauvorhaben zeitnah umzusetzen. Das Problem der Straßenausbaubeiträge sei äußerst schwierig und befinde sich derzeit noch in Klärung. Eine Beantwortung der Fragen werde aber auf jedem Fall noch erfolgen. **Frau Jung, Tiefbauamt**, ergänzte hierzu, dass man die Anwohner mit einem Schreiben über die technischen Rahmenbedingungen informierte. Nach Klärung der Beitragsproblematik werde man alle Fragen beantworten. Ein konkreter Zeitpunkt hierfür könne jedoch noch nicht genannt werden.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, merkte an, dass ein Aufzeigen klarer Konturen gegenüber den Bürgern vor Beginn der Baumaßnahme vorteilhafter gewesen wäre und dass die Verwaltung zumindest mit den Beschwerdeführern in Kontakt bleiben sollte. Hierauf entgegnete **Frau Jung**, dass die Bürger informiert wurden – auch über die voraussichtlichen Kosten. Die tatsächlichen Kosten können jedoch erst nach Abschluss der Maßnahme genannt werden. Die Verwaltung habe im Sinne der Satzung gehandelt.

**Frau Marianne Richter, Einwohnerin der Ebertallee 91 in Dessau-Roßlau**, merkte noch einmal an, dass die Bürgerbeteiligung unglücklich verlaufen sei. Die von der Verwaltung gewünschten und von den Anwohnern entwickelten Ideen wurden nicht umgesetzt. Für die Zukunft wünschte sie sich mehr Ehrlichkeit von der Verwaltung.

**Herr Pfefferkorn** nahm die Kritik an – es hätte sich um ein Kommunikationsproblem gehandelt. Dies sei jedoch dem Zeitdruck geschuldet gewesen. Das Projekt sei allerdings unbedingt notwendig und solle in angemessenem Umfang realisiert werden.

Der Einwand **Herrn Schönemanns**, dass bei den Anwohnern eine Erwartungshaltung geweckt wurde, wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bestätigt. Weiterhin äußerte **Herr Otto** sein Bedauern, dass die Bürger überhaupt noch einmal tätig werden müssen ebenso wie seine Kritik gegenüber der Handlungsweise der Verwaltung. Eine kurzfristige Antwort müsse unbedingt erfolgen.

Der Einwand **Herrn Meiers, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, das bereits in der Hagenbreite ähnlich verfahren wurde und sich die Kosten unnötig summiert hätten, wurde durch **Herrn Schönemann** abgewiesen. Nach seiner Ansicht wurde dieses Projekt gut umgesetzt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

## **5 Öffentliche Informationsvorlagen**

### **5.1 Kenntnisnahme des Entwurfes des Lärmaktionsplans und Information über die Anhörung der Öffentlichkeit nach § 47 d Abs. 3 BImSchG sowie der weiteren Verfahrensschritte Vorlage: IV/065/2014/VI-83**

**Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**, stellte die weiteren Verfahrensschritte im Zusammenhang mit dem Lärmaktionsplan vor. Ein durch ein Fachbüro auf der Basis der Lärmkartierung erarbeiteter Entwurf wurde in der Arbeitsgruppe Verkehrsorganisation heftig diskutiert. Nun soll dieser der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Im April wird die Offenlegung für einen Monat stattfinden, danach werden die Stellungnahmen abgewogen und eventuell eingearbeitet. Im zweiten Halbjahr 2015 soll der Lärmaktionsplan dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt werden.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wollte wissen, ob ein öffentliches Forum vorgesehen ist. Dies wurde durch **Frau Dr. Kegler** dahingehend bestätigt, dass dies im Rahmen der Stadtgespräche im April vorgesehen ist. Auch die Fraktionen sind dazu eingeladen.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## **5.2 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans Vorlage: BV/022/2015/VI-66**

Es erfolgte eine Einführung durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Demzufolge laufe der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) für Dessau in 2015 aus, der für Roßlau war bereits 2010 ausgelaufen. Grundlage für den neuen VEP der Doppelstadt Dessau-Roßlau sei das Leitbild, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, der Masterplan Innenstadt sowie der Lärmaktionsplan. Der Prognosehorizont wird auf 20 Jahre festgelegt, so dass der neue VEP bis 2035 gelten solle – unter Berücksichtigung der Bürgerentwicklung. Er solle Grundlage für die strategische Planung der Verkehrsinfrastrukturentwicklung sein und beispielsweise einer Verkehrsberuhigung der Innenstadt sowie der Verkehrslärminderung in den Wohngebieten dienen. Er dient als Voraussetzung für eine finanzielle Förderung des Straßenbaus und ist gleichzeitig wichtig für die Durchsetzbarkeit von Planverfahren.

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, ergänzte hierzu, dass allen Fraktionen die Ergebnisse der Verkehrszählung sowie einer repräsentativen Verkehrsbefragung zur Verfügung gestellt wurden. Daraus werde ersichtlich, dass man trotz eines Bevölkerungsrückgangs eine annähernd gleichbleibende Verkehrsbelegung vorfinde.

**Herr Maurer, Tiefbauamt**, erläuterte die Schwerpunktaufgaben des VEP – allen voran die Aktualisierung und Fortschreibung der Verkehrsprognose. Eine Bürgerbeteiligung werde im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Offenlegung stattfinden.

Die **Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen** habe sich intensiv mit der Beschlussvorlage auseinandergesetzt, so **Herr Meier**. Man halte vor allem den Ablauf der Planung für problematisch, da der politische Raum erst Ende 2016 beteiligt werden soll, eine Bürgerbeteiligung ist erst für 2017 vorgesehen. Man wünsche sich, dass der Prozess von Anfang an transparent sei. Weiterhin sollte man nach **Herrn Meiers** Ansicht den VEP nicht fortschreiben. Nach der Fusionierung solle ein neuer VEP entwickelt werden. Dieser sollte nutzerorientiert sein und auf einer seriösen Bestandsanalyse fundieren. Er schlägt deshalb vor, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu gründen, die die Wünsche der Bürger an die Verwaltung

weitergibt und sie somit unterstützt. Der vorliegenden Beschlussvorlage könne man die Zustimmung so nicht erteilen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, lehnte eine Unterstellung durch Herrn Meier ab, es hätte keine fundierte Bestandsanalyse stattgefunden. Solche Vorwürfe führten nur zu einem Zerwürfnis mit der Verwaltung. Gleichzeitig wies **Herr Schönemann** darauf hin, dass der Ausschuss ohnehin eine beratende und begleitende Aufgabe für die Verwaltung hat. Die Bildung eines neuen Gremiums sei aus seiner Sicht somit nicht notwendig.

Er habe nichts unterstellen wollen, verteidigte sich **Herr Meier**. Nach seiner Meinung sei jedoch die Beschlussvorlage nicht detailliert genug. Wichtige Straßenabschnitte würden nicht betrachtet. Es müsse eine stärkere Analyse im Vorfeld erfolgen.

**Herr Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, wollte wissen, warum die B6n, welche im Prognosezeitraum fertiggestellt werden soll, nicht berücksichtigt wird. Die B6n als Bundesstraße betrifft das städtische Umland, so **Herr Maurer**. Für den VEP sei lediglich der innerstädtische Raum sowie der ein- und ausströmende Verkehr wichtig.

Zudem erwiderte **Herr Maurer**, dass der VEP, entgegen der Kritik Herrn Meiers, ergebnisoffen und integrales Element sei. Er diene der Unterstützung übergeordneter Konzepte aus den politischen Leitlinien heraus, welche durch den Stadtrat beschlossen wurden. Es handle sich also nicht um eine willkürliche Festlegung.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wunderte sich, warum sich in der Beschlussvorlage ein Planfall „Neumarkt“ befindet, obwohl es hierfür noch keinen entsprechenden Beschluss gebe. Er fühle sich durch das Stadtplanungsamt vor vollendete Tatsachen gestellt und nicht fair beteiligt. Die Fraktion könne so der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Hierauf entgegnete **Herr Maurer**, dass dies so bereits im VEP von 2005 enthalten war und Teil des Stadtentwicklungskonzepts sei. Die tatsächliche Umsetzung müsse noch diskutiert werden. Man hätte lediglich auf Grundlage von Stadtratsbeschlüssen gehandelt. Dies wurde auch durch **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, bekräftigt.

**Herr Meier** fragte, ob der VEP für Roßlau den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden könne. Dies wurde zugesichert. Weiterhin wollte er wissen, ob eine strategische Umweltprüfung stattgefunden habe, was durch **Herrn Maurer** bestätigt werden konnte, und ob die Planfälle noch einmal genauer erläutert werden könnten. Auch dies erfolgte durch **Herrn Maurer**.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder sollten auf Bitte von **Herrn Schönemann** schriftlich an die Verwaltung gerichtet werden. Mit der Thematik sollte man sich nach seiner Ansicht in einer der nächsten Sitzungen erneut beschäftigen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**6.1 Vereinsbeitritt der Stadt Dessau-Roßlau zur Energieavantgarde Anhalt e. V.**  
**Vorlage: BV/017/2015/VI-83**

Laut **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, gebe es Bürgeranfragen, wo die Kontaktstelle des Vereins sei, um eventuelle Anliegen einbringen zu können. Interessierte könnten sich jederzeit gern an Frau Dr. Scurrall vom Bauhaus wenden, so **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 1**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

**6.2 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 222 "Nahversorgungszentrum Am Leipziger Tor"**  
**Vorlage: BV/027/2015/VI-61**

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, gab eine Einführung zum Nahversorgungszentrum am Leipziger Tor. Demnach gebe es in der Wagnerpassage derzeit einen erheblichen Leerstand. Da weitere Leerstände, auf Grund der aktuellen Flächenzuschnitte und des Bevölkerungsrückgangs im Umfeld, zu erwarten sind, soll eine Restrukturierung im Erdgeschoss erfolgen. Die Verkaufsfläche des vorhandenen ALDI-Marktes soll sich erhöhen, zudem sollen Flächen durch einen weiteren Vollversorger sowie einen Drogeriemarkt gemietet werden. Zwar sei die Verwaltung grundsätzlich bereit, eine Umgestaltung der Wagnerpassage zu unterstützen, diese müsse sich jedoch am Zentrenkonzept orientieren. Eine mit der IHK abgestimmte Auswirkungsanalyse ergab, dass die Funktion als Nahversorgungszentrum durch die Erhöhung der Verkaufsflächenzahl überschritten würde. Es könnte zu einer Sogwirkung auf die Kaufkraft kommen, was sich nachteilig auf die Innenstadt auswirkt. Da man diese jedoch stärken möchte, könne man einer Revitalisierung der Wagnerpassage lediglich im Rahmen der im Zentrenkonzept verankerten Zielstellung zustimmen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sowie **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, unterstützen diese Ansicht. Man hätte kein Interesse an einer weiteren Entflechtung des Innenstadtkerns. Zudem wäre die Wagnerpassage schon früher umstritten gewesen, so dass man sie nicht noch weiter ausdehnen sollte.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**6.3 Einleitungsbeschluss für die 8. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau "Nahversorgungszentrum Am Leipziger Tor"  
Vorlage: BV/028/2015/VI-61**

Es bestand kein weiterer Einführungsbedarf. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**6.4 Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 222 "Nahversorgungszentrum Am Leipziger Tor"  
Vorlage: BV/029/2015/VI-61**

Es bestand kein weiterer Einführungsbedarf. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**6.5 Aufstellungsbeschluss für den Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 - Fachmarktzentrum Mannheimer Straße"  
Vorlage: BV/039/2015/VI-61**

Zum Fachmarktzentrum in der Mannheimer Straße erfolgte eine kurze Einführung durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Der derzeit gültige B-Plan aus dem Jahr 2008 war Grundlage für die Entwicklung dieses Fachmarktstandortes. Aus der aktuellen Rechtsprechung sowie aus Arbeitsaufträgen des Zentrenkonzepts ergeben sich nun jedoch Änderungserfordernisse. Eine Etablierung des Standortes als Fachmarktzentrum ist im Sinne der Verwaltung. Die derzeit bestehenden Ansiedlungswünsche einer Freiflächen-Photovoltaikanlage stehen den Zielen des Zentrenkonzepts entgegen.

An dieser Stelle meldete sich **Herr Jan Wecke, Geschäftsführer der Solarpark Dessau 1 GmbH**, zu Wort. Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, gab es keine Einwände und ihm wurde das Rede-recht erteilt. **Herr Wecke** legte dar, dass ihm vor einiger Zeit ein B-Plan zur Verfügung ge-

stellt wurde, woraufhin er eine Baugenehmigung beim Bauordnungsamt beantragte. Bisher seien für ihn bereits erhebliche Kosten dafür angefallen. Auf Anfrage erfuhr er erst am gestrigen Tag, dass das Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste noch Änderungen am B-Plan vornehmen möchte. Er bittet darum, die geplante Änderungssperre noch einmal zu überdenken. Die geplante Photovoltaikanlage würde für die Stadt Dessau-Roßlau hohe Gewerbesteureinkünfte bedeuten.

**Herr Schönemann** wandte ein, dass diese Thematik bereits intensiv diskutiert wurde. Wenn man sich konsequent an die bisherige Verfahrensweise halten wolle, sei die Photovoltaikanlage an dieser Stelle problematisch. Er unterstützte die stringente Haltung der Verwaltung.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, bat um Erläuterung, warum die Photovoltaikanlage an diesem Platz abgelehnt wird. Darauf erklärte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, es gebe eine Anfrage für die leerstehende Gebäude und das nähere Umfeld. Aus diesem Grund seien konkrete Festlegungen im B-Plan erforderlich, um die Anfrage realisieren zu können.

Die Frage **Herrn Hantuschs**, ob durch die Anlage Arbeitsplätze geschaffen werden, wurde durch **Herrn Wecke** verneint. Lediglich die Grundsteuereinnahmen seien bedeutsam.

**Herr Meier** stellte den Antrag, Nichtöffentlichkeit herzustellen, damit man die Anfrage und die damit einhergehenden Bedingungen sorgfältig diskutieren könne. **Herr Schönemann** stellte diesen Antrag zur Abstimmung – er wurde einstimmig bestätigt, woraufhin durch den Ausschussvorsitzenden Nichtöffentlichkeit hergestellt wurde.

Die Nachfrage **Herrn Meiers** nach der genannten Anfrage wurde durch **Frau Jahn** dahingehend beantwortet, dass *GLOBUS* eine Erweiterung plane.

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, wies noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass ihm der Antrag auf Baugenehmigung vorliege und er innerhalb von zwei Monaten darüber entscheiden müsse, da sonst eine Genehmigungsfiktion eintrete.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fragte nach, welche Gespräche im Vorfeld mit Herrn Wecke stattgefunden hätten. Offensichtlich sei bei ihm der Eindruck geweckt worden, dass die Errichtung der Photovoltaikanlage unproblematisch sei. **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, erläuterte daraufhin, dass ein potentieller Anlagenbetreiber zunächst erkunden muss, ob die notwendigen Netzzugangsmöglichkeiten vorhanden sind. Eine diesbezügliche Anfrage der DVV kurz nach dem Jahreswechsel hatte man dahingehend beantwortet, dass diese Fläche zwar dem Einzelfallüberprüfungsdogma unterliegt, jedoch mit Hinblick auf das Zentrenkonzept eine eindeutige politische Zielrichtung bestehe, dieses Gebiet zum Fachmarktzentrum weiterzuentwickeln. Eine entsprechende Einzelfallprüfung musste also zum selben Ergebnis kommen, wie es in der Beschlussvorlage niedergeschrieben ist.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, unterstützte dies mit seiner Meinung, dass eine Photovoltaikanlage auch aus städtebaulicher Sicht nicht passend sei. Dem pflichtete **Herr Otto** bei. Nach seiner Ansicht habe die Fläche großes Potential, dass man für Betriebe und Handelsunternehmen frei halten sollte, solange dadurch keine Kaufkraft aus der Innenstadt gezogen werde.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert. Nachdem wieder Öffentlichkeit hergestellt wurde, stellte **Herr Schönemann** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**6.6        Satzung über die Veränderungssperre für den Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 - Fachmarktzentrum Mannheimer Straße"  
Vorlage: BV/040/2015/VI-61**

Weiterer Einführungsbedarf bestand nicht. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**6.7        Ersatzneubau Brücke Diepold (BW 17) im Zuge der Wasserstadt  
Maßnahmebeschluss  
Vorlage: BV/378/2014/VI-66**

Zwar machte **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, seine Ansicht deutlich, dass der Brückenneubau unbedingt notwendig ist, trotzdem befürchte er, dass die Finanzierung sich als problematisch erweisen könnte, vor allem angesichts dessen, dass es nach seinen Informationen noch keinen entsprechenden Fördermittelbescheid gibt.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, erläuterte daraufhin, dass auch in diesem Fall die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit nachgewiesen werden müsse, um eine Finanzierungsbestätigung zu erhalten. Bezüglich der Fördermittel bemerkte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass hierfür seit 2015 eine pauschale Zuweisung erfolge. Diese habe die Stadt bereits erhalten, so dass die Finanzierung teilweise damit vorgenommen werden kann.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte Bedenken, dass die Kosten ihm sehr hoch erscheinen.

**7            Öffentliche Anfragen und Informationen**

## 7.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

### Ersatzneubau Muldebrücke BW 11

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, informierte darüber, dass der Termin für die Verkehrsfreigabe am 16.03.2015 leider nicht gehalten werden kann. Entsprechende Informationen wurden über die Presse veröffentlicht. Die offizielle Freigabe werde stattdessen am 30.03.2015 erfolgen. Die zeitliche Verzögerung entstand dadurch, dass man während der Arbeiten eine Unmenge unterirdischer Leitungen entdeckte, die in den Plänen nicht verzeichnet waren – Hauptschwerpunkt bildete dabei ein Glasfaserkabel der Telekom.

**Herr Otto, Fraktion Pro-Dessau-Roßlau**, wollte wissen, wann der Abriss der Brücke beginne. Dies werde sofort nach Freigabe der Behelfsbrücke der Fall sein, so **Herr Pfefferkorn**. Weiterhin bat **Herr Otto** um einen aktualisierten Ablaufplan für die Fraktionen. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wies darauf hin, dass man die korrigierten Termine eventuell auch auf der Homepage veröffentlichen solle.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

### Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Im Vergleich zur vorangegangenen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt hätte sich noch nichts Neues ergeben, so **Herr Pfefferkorn**. Derzeit werde noch die Stellungnahme des Vorhabenträgers zur zweiten Offenlage mit dem Schwerpunkt Naturschutz erarbeitet.

### VOF-Verfahren Kavalierstraße

**Herr Pfefferkorn** erinnerte die Mitglieder des Ausschusses an die Einladung zum VOF-Verfahren. Bisher habe man im Tiefbauamt noch keine Rückmeldung über entsprechende Teilnahmen aus den Fraktionen erhalten. Diese sei jedoch wichtig für die Transparenz bei der Entscheidungsfindung. **Herr Schönemann** und **Herr Meier** erklärten sich zur Teilnahme an der Veranstaltung bereit.

## 7.2 Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, fragte nach dem Grund für die Erhöhung der Belastungsgrenze auf 12 t in der Lutherstraße. Tatsächlich bedarf die Straße grundsätzlich keiner Tonnagebegrenzung, so **Frau Lindner, Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung**. Lediglich auf Grund einer Bürgerinitiative hatte man sich auf eine Obergrenze von 7,5 t geeinigt. Da dies jedoch in letzter Zeit zu Schwierigkeiten für Lieferfirmen geführt hatte, hatte man in Abstimmung mit dem Tiefbauamt entschieden, die Grenze auf 12 t zu erhöhen.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, lud die Anwesenden für den nächsten Tag in das Kantorhaus der jüdischen Gemeinde. Dort sollte das Projektvorhaben der neuen Synagoge vorgestellt werden.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, fragte nach dem aktuellen Stand zum B-Plan-Verfahren „Photovoltaikanlage Hohe Straße“. Laut **Herrn Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, sei das Verfahren abgeschlossen. Die nächsten Schritte sind die Baugenehmigung, die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die ökologische Bauüberwachung. Die Frage **Herrn Meiers**, welche Entscheidung bezüglich des Antrags für das BIWAQ-Programm getroffen wurde, beantwortete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, dahingehend, dass diese Thematik bei Dezernat V liege. Zudem wies **Herr Meier** darauf hin, dass Bürgeranliegen zum Parkplatz Flössergasse an ihn herangetragen wurden. Man wünsche sich im Umfeld dieses Bauvorhabens mehr Barrierefreiheit und eine bessere Möglichkeiten der Fahrbahnüberquerung. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bat darum, diese Anliegen an die Verwaltung weiterzureichen. Weiterhin sollte die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung genommen werden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wies auf den schweren Verkehrsunfall am Vormittag auf der B185 hin, wodurch sich ein enormer Rückstau von Fahrzeugen ergeben hatte. Nach seiner Auffassung müsse dies ein deutlicher Warnhinweis für alle Fraktionen sein, dass die Muldebrücke sowie die Ortsumfahrung Ostrandstraße unbedingt notwendig sind. Besonders für Rettungsfahrzeuge müsse eine ungehinderte Zufahrt in die Stadt gewährleistet werden.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert.

## 10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:55 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 08.07.20

---

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt      Schriftführer